

Haben die Volksparteien Zukunft?

Timm Betz

1. Einleitung

Die Zukunft der Volksparteien stand in den vergangenen Jahren immer wieder zur Debatte. Auslöser waren in der Regel besonders schlechte Wahlergebnisse, entweder der CDU/CSU oder der SPD, bisweilen auch von beiden. Auch das Auftreten der Grünen in den 80er-Jahren veranlasste viele Wissenschaftler und Kommentatoren zu Spekulationen über den baldigen Niedergang des deutschen Parteiensystems. Dennoch halten sich die Volksparteien seit nunmehr sechzig Jahren an der Oberfläche.

Die letzten Wahlen allerdings brachten die Debatte erneut in Schwung; die Stimmenanteile der beiden Volksparteien sanken auf historische Tiefstände, sodass nach der Bundestagswahl 2005 keine der bisher üblichen asymmetrischen Zwei-Parteien-Koalitionen mehr zustande kam; möglich war nur noch eine Drei-Parteien-Koalition, die sich allerdings niemand so recht vorstellen mochte – spöttisch wurden die Ideen für „Schwampel“- und „Jamaika“-Koalitionen belächelt –, oder aber eine große Koalition, zu der es dann letztendlich auch kam.

Weiter verschärft wurde die Diskussion über einen möglichen Niedergang der Volksparteien noch durch das unglückliche Agieren der großen Koalition in entscheidenden Politikbereichen wie der Gesundheits- und Arbeitsmarktpolitik; in der Folge fielen die Umfragewerte für Sozial- und Christdemokraten auf neue Tiefstände. Feuer ins Öl waren dann schließlich die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin, die für beide Volksparteien herbe Verluste brachten. Bereits bei den Landtagswahlen in Sachsen 2004 war zudem erstmals eine der beiden deutschen Volksparteien, nämlich die SPD, unter die Zehn-Prozent-Marke gefallen. Bezeichnend für die neue Lage der Volksparteien mag der Anspruch des SPD-Vorsitzenden Kurt Beck sein, nur mehr das „mittlere Drittel“ für seine Partei gewinnen zu wollen.¹ Und auch die Kanzlerin Angela Merkel zeigt sich nicht mehr allzu enttäuscht über Umfragewerte weit entfernt der 40%. Schließlich seien die derzeit erreichbaren knapp 30% doch auch „nur ein paar Prozentpunkte weniger als bei der Bundestagswahl“².

Es ist also durchaus berechtigt, einmal mehr die Frage zu stellen: Haben die Volksparteien eine Zukunft?

2. Zum Begriff der Volkspartei

2.1 Begriffsgeschichte

Um eine Antwort darauf zu finden, muss zuerst einmal der Begriff der Volkspartei geklärt werden. Innerhalb der Politikwissenschaft gibt es keine eindeutige, allseits akzeptierte Definition der Volkspartei. Den Anfang machte zu Beginn der 60er-Jahre des letzten Jahrhunderts Otto Kirchheimer, der als Erster den Typ der Volkspartei im Sinne von „Allerwelts-“ oder „Catch-All-Parteien“ ausmachte. Da der Begriff allerdings stark normativ beladen ist, wurde in der Zwischenzeit von einigen Seiten dafür plädiert, ihn sogar ganz fallen zu lassen.³ Zudem entwickelte sich eine heftige Debatte darüber, ob der von Kirchheimer beschriebene Parteytyp denn nun ein Real- oder Idealtyp sei.

Mittlerweile herrscht zumindest dahingehend Einigkeit, dass die Volksparteien nach Kirchheimer, soweit sie denn jemals existierten, abgelöst wurden durch Parteien eines neuen Typs, die Kartell- oder Berufspolitikerpartei. Diese verfolgt in erster Linie das Ziel, den führenden Politikern Parlamentsmandate und andere Machtpositionen zu sichern.⁴ Dennoch hielt sich der Begriff der Volkspartei bis heute in der Gesellschaft und bezeichnet im allgemeinen Sprachgebrauch die beiden großen Parteien SPD und CDU/CSU. In der Regel wird dies mit ihrem gegenüber kleineren Parteien höheren Stimmenanteil begründet.⁵

2.2 Definition der Volksparteien

Wenn im Folgenden von Volksparteien die Rede ist, so sind damit die beiden

großen Parteien CDU/CSU und SPD gemeint. Unter einer Volkspartei wird eine Partei verstanden, die versucht, alle Wähler anzusprechen, unabhängig von sozialen, konfessionellen und regionalen Unterschieden, und der dies auch gelingt; eine Volkspartei ist folglich eine Partei, die im Bundestag und in jedem Landesparlament ausreichend stark vertreten ist, um initiativ in mindestens der Hälfte der Fälle an der Regierungsbildung mitzuwirken.⁶

In Abgrenzung zu den beiden Volksparteien existieren auf der parlamentarischen Ebene einige kleinere Parteien, namentlich Grüne, FDP und Linkspartei. Ihnen gelingt es, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen, gleichzeitig sind sie aber weder auf Bundes- noch auf Landesebene stark genug, von sich aus die Regierungsbildung voranzutreiben. Zusätzlich gibt es auch eine ganze Reihe kleiner und kleinster Parteien, die entweder in keinem oder nur in einigen wenigen Parlamenten vertreten sind und somit hauptsächlich auf die elektorale Ebene beschränkt bleiben. Diese Definition der Volksparteien impliziert zwei Dinge: Erstens, dass es nur zwei, und zwar genau zwei, Volksparteien geben kann. Dies ergibt sich daraus, dass an jeder Landesregierung mindestens eine der beiden beteiligt sein muss, damit sie in jeweils der Hälfte der Fälle die Regierungsführung übernehmen kann. Damit verlieren die Volksparteien auch ihren bei Ekkehart Krippendorff formulierten Absolutheitsanspruch.⁷ Es ist mitnichten so, dass es keine zwei Volksparteien zur gleichen Zeit in einem Staat geben kann – vielmehr muss es zwei solche Volksparteien geben.⁸ Zweitens sind lediglich regional starke Parteien in diesem Sinne nicht als Volksparteien zu

verstehen, denn diese zeichnen sich gerade durch ihre Überregionalität aus. Eine „regional begrenzte Variante einer Volkspartei“⁹ kann es folglich nicht geben: entweder Volkspartei, oder regional begrenzt.¹⁰ Denn was macht dann noch das Spezifische der Volkspartei aus, wird ihr die Überregionalität genommen? Eine auf nur eine Schicht begrenzte Partei gibt es schließlich nicht mehr – auch FDP und Grüne sind keine reine Milieupartei mehr. Hier wie da werden heute Turnschuhe getragen oder Unternehmen geleitet.¹¹

Aus ihrer Position und ihrem Selbstverständnis heraus ergeben sich mehrere charakteristische Funktionen für die Volksparteien: Sie stellen die Verbindung zwischen breiten Wählerschichten und dem politischen System her. Sie koordinieren die verschiedenen Ebenen innerhalb des politischen Systems und vereinfachen Abstimmungsprozesse zwischen ihnen. Und schließlich nehmen sie eine entscheidende Rolle ein in der Zielfindung und Richtungsvorgabe als Regierungspartei sowie als starke, die Regierung korrigierende und kontrollierende Oppositionspartei.

2.3 Konkretisierung der Fragestellung

Angesichts der jüngsten, teils deutlichen Stimmen- und Mitgliederverluste der beiden Volksparteien stellt sich die Frage, ob die „auf breiteste Integration angelegten Volksparteien“¹² eine Perspektive im bundesdeutschen Parteiensystem besitzen. Da letztendlich der Wähler, nicht aber das Wahlsystem über Anzahl und Stärke im Parlament vertretener Parteien entscheidet¹³, ist

damit die Frage: Was will der Wähler? Auch wenn die momentane Ausgestaltung des Wahlsystems die Repräsentation zahlreicher Parteien im Parlament erlauben würde¹⁴, eine Zersplitterung ist vermutlich nicht der Wunsch der Wähler. Zwar ist weder Bonn noch Berlin Weimar, aber das drohende Beispiel wird dennoch immer wieder heraufbeschworen. Auch die nach wie vor niedrigen Stimmenanteile sonstiger, die Fünf-Prozent-Klausel nicht überwindende Parteien sprechen für die Stabilität der momentanen Parteienkonzentration auf vier bis fünf im Parlament vertretene Parteien. Aber: Vier bis fünf in etwa gleich starke Parteien, oder ein von zwei Parteien dominiertes Parteiensystem, wie es jetzt schon besteht? Die Untersuchung muss sich deshalb auf die Frage konzentrieren, wann und unter welchen Bedingungen kleinere Parteien den großen Stimmen abnehmen können und unter welchen Bedingungen dieser Vorgang in die umgekehrte Richtung verläuft, großen Parteien also Stimmen zutreibt. Die These auf die Beantwortung dieser Frage lautet: Je größer und durch die großen und etablierten Parteien unlösbarer gesellschaftliche Konflikte erscheinen, desto eher gelingt es kleineren Parteien, ihnen Stimmenanteile abzunehmen.¹⁵ Diese Bedingungen treffen auch auf Deutschland zu. – Wie aber konnte es dazu kommen, dass die Volksparteien dem Wähler nicht mehr als wirkliche Alternativen mit Konfliktlösungspotenzial erscheinen? Die Antwort auf diese Frage scheint naheliegend: Indem sie ihren grundlegenden Funktionen nicht mehr ausreichend nachgekommen sind.

Das heißt im Umkehrschluss und in Bezugnahme auf die ursprüngliche Frage-

stellung, dass sich mit der Lösung der Konflikte auch die Wahlergebnisse der großen, etablierten Parteien wieder verbessern werden. Und um diese Konflikte lösen und wieder als ernst zu nehmende, zukunftsfähige Alternativen auftreten zu können, müssen sich die Volksparteien auf die Erfüllung ihrer Funktionen zurückbesinnen. Das heißt, die Volksparteien haben dann eine Zukunft, wenn sie ihre Funktionen wieder zufriedenstellend erfüllen.

Um diese These zu stützen, soll im Folgenden anhand eines, allerdings nur überblicksartigen, nicht vertiefenden Vergleichs gezeigt werden, unter welchen Bedingungen kleinere Parteien in das Gefüge zweier großer Parteien eindringen und sich dort etablieren können. Anschließend wird gezeigt, dass diese Bedingungen momentan auch in Deutschland gelten, was insbesondere darauf zurückzuführen ist, dass die Volksparteien ihre Funktionen nicht mehr ausreichend wahrnehmen.

3. Internationaler und historischer Vergleich

3.1 Die FPÖ in Österreich

Die FPÖ war in Österreich zwar lange Zeit im Parlament vertreten, allerdings bis zum Jahre 1983 nur knapp oberhalb der 5%. Ab dann stieg ihr Stimmenanteil konstant an, bis auf etwa 27% im Jahr 1999. Dies war auch ihr stärkstes Wahlergebnis, bei der Wahl 2006 erreichte die Freiheitliche Partei Österreichs dann nur noch 11%.¹⁶

Bei der Wahl 1999 gelang es der FPÖ sogar, mit der bisher starken, durch ein ausgeklügeltes Proporzsystem an allen

staatlichen Entscheidungen beteiligten bürgerlichen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) gleichzuziehen. Wie in Deutschland werden dafür vor allem der schwindende Einfluss sozialer Milieus und Konflikte verantwortlich gemacht. Zudem wurde die 1995 gebildete große Koalition aus Österreichischer Volkspartei und Sozialdemokratischer Partei Österreichs angesichts der bereits geringen Akzeptanz der beiden Großparteien und vor allem der öffentlichen Kritik an deren Proporzwirtschaft geradezu als Provokation aufgefasst.¹⁷ Als wesentliche Faktoren für den Erfolg der FPÖ machte Gärtner unter anderem die Reformunfähigkeit der beiden Regierungsparteien, das Fehlen einer realen Oppositionsalternative und den wirtschaftsliberalen Kurs der Regierung aus.¹⁸ Hinzu kam die Person Jörg Haider, der es verstand, die Wähler mitzureißen und den Finger gekonnt in die Wunden legte. Bezeichnend ist wohl, dass zeitweise eher von der „Haider-FPÖ“ denn von der FPÖ die Rede war¹⁹ – er war Zugpferd und Leitfigur und schreckte dabei auch vor populistischen, nationalistischen und teils auch rassistischen Äußerungen nicht zurück.

3.2 Forza Italia in Italien

Die Forza Italia (FI) ist eine Gründung Silvio Berlusconi, eines einflussreichen Medienunternehmers. Seine Partei (man kann in diesem Zusammenhang wohl wirklich von seiner Partei sprechen, denn Berlusconi baute sie auf, finanzierte sie und leitete sie) kam bei den Wahlen 1994 aus dem Stand auf 21% der Stimmen. Zugute kam ihm dabei der Niedergang des italienischen Parteiensystems, ausgelöst durch einen schweren Korruptionsskandal und die

darauffolgende Änderung des Wahlsystems. Insbesondere nutzte die FI die Tatsache aus, dass die etablierten Parteien einen enormen Vertrauensverlust erlitten hatten und nicht mehr in der Lage waren, „ihre Funktion als Bindeglied zwischen Gesellschaft und staatlichen Entscheidungsinstanzen“²⁰ zu erfüllen.

Der italienische Staat insgesamt befand sich zu Beginn der 90er-Jahre in einer Krise. Gerade von den bisher vertretenen Parteien war dabei allerdings, nicht nur aus Sicht der Wähler, keine Lösung zu erwarten. Vielmehr wurden sie verantwortlich gemacht für Fehlentwicklungen im politischen und wirtschaftlichen System wie Korruption, Misswirtschaft, Ineffizienz und Klientelismus. Auch dies kam neuen Parteien und hier insbesondere der Forza Italia entgegen, die mit einfachen Schlagworten und einem charismatischen Vorsitzenden schnell Erfolge verbuchen konnte. Mit der weitgehenden Stabilisierung der politischen Verhältnisse gingen ihr aber schnell wieder Stimmen verloren. Mittlerweile werden sogar Zweifel daran laut, ob Berlusconi und seine Partei wirklich noch dazu geeignet sind, das rechte Lager ein drittes Mal an die Regierung zu führen.²¹

3.3 Schlussfolgerungen aus dem Vergleich

Natürlich gibt es noch weitaus mehr Beispiele, so etwa die Grünen im Deutschland der 80er-Jahre, die Partei Le Pens in Frankreich oder die Liste Pim Fortuyn in den Niederlanden. Sie alle zeigen, welche Bedingungen dafür verantwortlich sind, dass zwei große, dominierende Parteien Einfluss und Wähler-

stimmen an kleinere Parteien verlieren. In allen Fällen sind es grundlegende gesellschaftliche Konflikte, die nach einer Lösung rufen – nach einer Lösung, die weder die regierende, noch die opponierende Großpartei anbieten kann; zu groß sind deren Verankerung und Festklammern an bestimmte Wählergruppen und die Angst, diese zu verlieren. In diesem Fall erscheinen sie dem Wähler nicht mehr als Alternativen. Stattdessen sucht er Zuflucht bei kleineren Parteien, teils aus Protest, teils, weil er sich von ihnen neue, innovative Lösungskonzepte erhofft. Unterstützt wird diese Wählerwanderung von teils populistischen, in jedem Fall aber politisch und rhetorisch äußerst geschickt agierenden Parteivorsitzenden: Haider, Berlusconi, Le Pen, Pim Fortuyn. Gerade die relative Inflexibilität großer Parteien ist es, die ihnen hier Probleme bereitet. Dabei könnten sie von der neueren Entwicklung im Wählerverhalten – geringere Parteibindung, höhere Volatilität, sinkende Mitgliederzahlen – profitieren. Indem sie weniger an bestimmte Ideologien und Wählerschichten gebunden sind, könnten sie leichter auf Änderungen reagieren. Zudem müssten sie sich stets von neuem um Wählerstimmen bemühen. Die schwindenden Wählerbindungen können also durchaus auch eine Chance darstellen für die Volksparteien, um sich von Wahl zu Wahl neu zu positionieren und flexibler auf Änderungen zu reagieren, wenn auch im Rahmen bestimmter Grenzen.

3.4 Übertragbarkeit auf Deutschland

Auch in Deutschland gibt es derzeit grundlegende gesellschaftliche Kon-

flikte, welche die Lösungsvorschläge und -kompetenzen der beiden Volksparteien anscheinend übersteigen: das unterfinanzierte Gesundheitssystem, die belasteten Rentenkassen, der rigide Arbeitsmarkt, die hohen Sozialleistungen. Mitunter wird gar das gesamte Sozial- und Wirtschaftssystem infrage gestellt. Der Wähler stellt dabei den Volksparteien, vor allem aber ihrer Problemlösungskompetenz auf den einzelnen Politikfeldern ein schlechtes Zeugnis aus. Zwar werden SPD und Union in Umfragen „fast durchweg als die kompetentesten Parteien eingeschätzt“, gleichzeitig aber ist „für einen relativ großen Anteil der Befragten ... keine Partei geeignet ..., die genannten Probleme zu bewältigen“²². So traut etwa ein Fünftel der Wähler auf den wichtigsten Problemfeldern keiner Partei zu, entscheidende Lösungen zu finden.²³

Dabei wären gerade solche fundamentalen Krisen eine Chance für die Volksparteien, sich von neuem zu legitimieren und zu profilieren. Bereits zu Zeiten der Regierungskoalition aus SPD und Grünen aber schienen grundlegende Antworten auf diese Fragen nicht in Sicht. Es kam zwar zu teils drastischen Einschnitten, beispielsweise mit der Hartz-Gesetzgebung, ein wirklich zufriedenstellender Lösungsansatz wurde aber nicht geboten. Und auch die große Koalition kann diesen momentan nicht anbieten, was doppelt enttäuschend ist, da gerade in sie diese Hoffnung gesetzt wurde und sie diese auch selbst immer wieder nährte.

Infolgedessen bröckeln die Stimmenanteile der beiden Volksparteien bereits seit geraumer Zeit. Insbesondere die letzten Landtagswahlen brachten hier herbe Enttäuschungen. Nutznießer wa-

ren die kleineren Parteien insgesamt, vor allem aber die Linkspartei auf der linken sowie die FDP auf der rechten Seite, die der SPD beziehungsweise der CDU empfindliche Stimmenverluste zufügten.²⁴ Allerdings ist das Schicksal der Volksparteien nicht unverschuldet. Schließlich ließen sie ihre grundlegenden Funktionen und Vorzüge gegenüber kleineren Parteien außer Acht. Statt in sich geschlossen zu agieren, ergehen sie sich in kleinteiligen Diskussionen; statt sich als echte Alternativen darzustellen, verlieren sie sich in Profillosigkeit und Beliebigkeit; statt Anschluss an die Wählerschaft zu suchen, bluten sie mit dem stetigen Mitgliederverlust finanziell wie personell aus. Doch gerade weil diese Schwäche der Volksparteien selbstverschuldet ist, ist sie auch deren Chance: Indem sie die genannten Defizite gezielt angehen und sich erneut als kompetente, ernst zu nehmende und vor allem profilierte Alternativen präsentieren. Dafür müssten sie sich insbesondere auf folgende Aufgaben und Funktionen konzentrieren, um anschließend aktiv an der Lösung der gesellschaftlichen Konflikte teilzuhaben: die Integration der verschiedenen Repräsentationsebenen im politischen System; die Anpassung des politischen Systems an Wünsche und Bedürfnisse in Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft insgesamt sowie die Zielfindung und -durchsetzung in der Regierung beziehungsweise eine effektive Kontrolle des Regierungshandelns in der Opposition. Die folgende, genauere Betrachtung dieser drei Problembereiche macht dabei eines deutlich: Sie sind Probleme eines neuen Parteityps, der Berufspolitiker- oder auch Kartellpartei, nicht aber der Volkspartei im eigentlichen Sinne. Ein Rückschritt, zurück zur auch am Wähler, nicht nur

am Mandatsgewinn des Einzelnen orientierten Partei wäre also vonnöten und in diesem Sinne haben die Volksparteien tatsächlich auch eine Zukunft und zwar dann, wenn sie sich auch wieder als Volksparteien präsentieren.

4. Funktionen und Funktionsdefizite der Volksparteien

Was denn nun die bereits mehrfach angesprochenen Probleme der Volksparteien im Detail sind, sollen die folgenden Ausführungen verdeutlichen. Sie orientieren sich dabei an der Systemtheorie Parsons, der jedem System vier grundlegende, für den Selbsterhalt notwendige Funktionen zuschreibt. Auf drei von ihnen soll im Folgenden eingegangen werden.

4.1 Integration

Zuerst einmal besitzen die Volksparteien eine grundlegende Bedeutung für die Integration der verschiedenen Repräsentationsebenen des politischen Systems. Da auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene in der Regel dieselben Parteien vertreten sind²⁵, können diese für die notwendige Abstimmung der verschiedenen Parlamente sorgen. Durch einen maßvollen Umgang mit ihrer Macht, insbesondere im Bundesrat könnten die Volksparteien hier einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die „fehlerhafte Verfassungskonstruktion“²⁶ der rücksichtslosen Einmischung der Ministerpräsidenten auf Bundesebene zu beheben.

Wie gesagt – sie könnten. Stattdessen versuchen die Ministerpräsidenten ständig, sich auf Kosten der Bundesregie-

rung zu profilieren, und entledigen sich damit ihrer Funktion als Bindeglied zwischen Bundes- und Landesebene selbst. Infolgedessen präsentieren sich die Volksparteien eher wie ein unkoordinierter Haufen mehrerer Parteien und Sub-Gruppen, die zufällig denselben Namen tragen. Es ist bezeichnend, dass, ganz im Gegensatz zur ersten großen Koalition, noch nie der Ruf nach einer außerparlamentarischen Opposition laut wurde. Die Parteien ergehen sich in kleinteiligen Streitereien nicht nur untereinander, sondern auch innerhalb ihrer selbst und zwar in Gestalt zahlreicher Flügel und Landesgruppen.

Das Beispiel Italien zeigt, wohin es führen kann, wenn auf jeder Ebene der politischen Repräsentation verschiedene, regional starke, national aber vernachlässigbare Parteien agieren. Denn dann besitzt jede, auch nur auf regionaler Ebene vertretene Partei ein enormes Drohpotenzial. Wird sie an den nationalen Parlamentswahlen nicht angemessen, das heißt durch die Abtretung einzelner Wahlkreise beteiligt, droht das Bündnis auf einer der unteren Ebenen zu platzen.

Die Forderung nach innerer Einigkeit und Stimmigkeit der Volksparteien zielt damit nicht nur auf eine kosmetische Korrektur ihres Außenbildes ab, sondern ist Voraussetzung für Stabilität und Integrität des gesamten politischen Systems sowie Grundlage für ein effektives und effizientes Regierungshandeln.

4.2 Zielfindung: goal attainment

Die zweite Bedeutung der Volksparteien tritt, daran anschließend, in ihrer

Funktion als bestimmende, richtungsgebende und meinungsführende Parteien zutage. Diese Funktion nehmen sie einerseits in der Regierung, andererseits aber auch in der Opposition wahr. An einer Regierungskoalition sind stets mindestens zwei Parteien beteiligt²⁷; innerhalb dieser Koalition muss es nun zur Festlegung politischer Inhalte und zu grundlegenden Richtungsentscheidungen kommen. Nicht nur nach dem Grundgesetz, sondern auch in der politischen Praxis ist dies die Aufgabe des Bundeskanzlers, der sich dabei auf den Rückhalt der (deutlich) stärksten Bundestagsfraktion stützen kann.²⁸ Wäre nun die Regierung aus zwei in etwa gleich starken Partnern zusammengesetzt, dann bedeutete dies erhebliche Probleme für den Bundeskanzler; er müsste seine Position nicht nur innerhalb der eigenen Partei durchsetzen und mit ihr abstimmen, sondern auch mit dem dann sehr selbstbewusst auftretenden Koalitionspartner.²⁹ Welche Probleme sich aus zwei nahezu gleichberechtigten Koalitionspartnern ergeben, zeigt im Moment die große Koalition. Bevor es zu einem Beschluss kommt, sind stets erst langwierige Abstimmungsprozesse nötig, in denen jeder Beteiligte versucht, seine eigene Position weitestgehend durchzusetzen. Überraschend sind diese Reibereien zwischen den beiden Volksparteien umso mehr, wenn man ihre fehlende ideologische Tiefe und ihre bereits erfolgte Annäherung in zentralen politischen Sachfragen bedenkt. Welche Konflikte sich dann erst zwischen mehreren kleinen, dafür profilierten, einzelnen Interessen verhafteten und in einigen Details vielleicht sogar festgefahrenen Parteien ergeben können, lässt sich leicht ausmalen. Die relative Profillosigkeit der Volksparteien ist da-

mit weniger ein Manko, sondern vielmehr eine Chance. Sie erlaubt es ihnen, auf die Ansprüche verschiedener Koalitionspartner einzugehen und sich so die notwendige Tiefe von Fall zu Fall zu erarbeiten. In diesem Sinne sind sie wesentlich flexibler, als ihnen immer unterstellt wird – wenn sie nur wollen.

Auch kann es sich nur eine große Volkspartei erlauben, unpopuläre, umstrittene Reformvorhaben voranzutreiben. Denn während kleine Parteien oft auf jede Stimme angewiesen sind, können die beiden Volksparteien auf einen relativ hohen Stimmenanteil zählen³⁰; schließlich entscheiden bei ersteren schon wenige Prozentpunkte über den Status innerhalb des Parteiengefüges als drittstärkste oder schwächste Fraktion³¹, letztere dagegen behalten selbst bei kurzfristigen Schwankungen der Wahlergebnisse noch genügend Stimmen, um im Parlament zu überleben, gegebenenfalls in der Opposition; aber auch dann als stärkste und treibende Oppositionskraft. Denn auch in dieser Funktion spielen die Volksparteien eine tragende Rolle innerhalb des politischen Systems. Gerade gegenüber der meist relativ geschlossen auftretenden Regierungskoalition fällt es kleineren Oppositionsparteien schwer, auf sich aufmerksam zu machen. Dies zeigt sich an der großen Koalition: Grüne, FDP und Linkspartei sind im Bundestag weitgehend bedeutungslos geworden, können sich kaum gegen die Stimmenübermacht der Volksparteien wehren. Eine koordinierte Zusammenarbeit gegen Vorhaben der Bundesregierung war bisher nicht zu bemerken. Bei der Debatte um den Untersuchungsausschuss zu umstrittenen Visa-Vergaben in deutschen Botschaften etwa standen sich Grüne und FDP sogar gegenüber.

Zu groß sind wohl die programmatischen Differenzen zwischen den beiden Parteien. Nur eine große, überregional stark vertretene und stabile Partei, die zudem auch noch in mehreren Landesregierungen und -parlamenten das Wort führt, kann sich gegenüber einer Regierungskoalition behaupten. Und nur dann ist auch eine effektive Regierungskontrolle möglich.

4.3 Anbindung an die Gesellschaft: Adaption

Eine dritte, wichtige Bedeutung der Volksparteien entspringt aus ihrer Funktion als Bindeglied zwischen gesellschaftlichem und politischem System. In ihnen sammeln sich Vertreter aller Schichten und Konfessionen. Der Professor sitzt neben dem Arbeiter, der Selbstständige neben dem Studenten. Den Volksparteien kommt hier die Aufgabe zu, die in einer hochdifferenzierten Gesellschaft wie der Bundesrepublik auftretenden vielfältigen Interessen erst zu bündeln, dann miteinander in Einklang zu bringen und anschließend auf der politischen Ebene zu artikulieren. Dies hat zweierlei Vorteile. Erstens reduziert es die Anzahl der im Parlament vertretenen Parteien, da nicht mehr jedes spezifische Interesse eine eigene Vertretung benötigt. Und zweitens verhindert es, dass diese Interessen erst im Parlament ausdiskutiert und -tariert werden müssen, was unnötig Zeit und Energie kosten würde.

Um diese Ausgleichsfunktion wahrnehmen zu können, müssen die Volksparteien allerdings nachweislich auch jedem Interesse eine Chance geben, zum Zuge zu kommen. Und sie müssen versuchen, tatsächlich alle Interessen

(und damit Wähler) zu berücksichtigen. Gerade dies ist allerdings in letzter Zeit zunehmend fraglich geworden, nicht nur aufgrund der sinkenden Mitgliederzahlen, sondern auch wegen der herrschenden Auswahlmechanismen und Machtstrukturen. Die Basis verliert fortlaufend an Gewicht, das sich mehr und mehr an die Führungsspitze verlagert.³² Beschlüsse werden in der Regel von oberen Parteigremien vorbereitet und der Basis zur Abstimmung vorgelegt, anstatt den umgekehrten Weg von unten nach oben zu gehen.³³ Einen Dialog zwischen dem Ortsvorstand an der Basis und dem Bundesminister an der Spitze gibt es kaum. Folgt man der Argumentation nicht nur Beymes, dann ist diese Entwicklung kennzeichnend für die Entwicklung hin zu einem neuen Parteityp, dem der Berufspolitikerpartei. In dieser ist die Hauptaufgabe der Parteien die „Durchführung kapitalintensiver, hoch spezialisierter Kampagnen“³⁴, um den Politikern die Wiederwahl zu sichern. Es ist offensichtlich, dass dieser Parteityp für die Funktion der Parteien als Bindeglied zwischen Gesellschaft und Staat einen Rückschritt darstellt und dass es gerade diese Loslösung der Parteien von den Problemen und Belangen der Gesellschaft, das Gefühl des Wählers, von „denen da oben“ nicht wahrgenommen zu werden, ist, was den kleineren Parteien die Stimmen zutreibt. Stattdessen sollten die Parteien, und hier insbesondere die Volksparteien, wieder mehr „dem Volk aufs Maul schauen“, um einen Ausspruch Martin Luthers zu bemühen. In diesem Sinne haben die Volksparteien also genau dann eine Zukunft, wenn sie wieder Volksparteien werden und Volksparteien bleiben – und nicht den Wandel hin zu einem neuen Parteityp vollziehen.

Die sinkenden Mitgliederzahlen sind in diesem Zusammenhang wohl das kleinere Problem.³⁵ Sie haben als Maßzahl der Bindung zwischen Partei und Gesellschaft sogar eine relativ geringe Aussagekraft. Denn die Basis hat ohnehin nur relativ wenig Einfluss auf Entscheidungen. Vor allem aber umfasst die reine Anzahl der Parteimitglieder einen beträchtlichen Anteil nicht aktiver oder lediglich aus Karrieregründen beigetretener Mitglieder. Dennoch ist es, insbesondere bei öffentlich-rechtlichen Medien oder in der öffentlichen Verwaltung durchaus von Vorteil, das „richtige“ Parteibuch zu besitzen. Statt den Blick allein auf die Mitgliederzahlen zu richten, wäre es also angebracht zu beurteilen, wie stark die Partei mit der Gesellschaft insgesamt verbunden ist – sei es durch Lesungen, öffentliche Veranstaltungen, Diskussionsrunden, Informationsabende oder Stiftungen. Solange es den Parteien gelingt, diese Kommunikationsformen aufrechtzuerhalten und noch weiter auszubauen, können sie ihren Anspruch, Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft zu sein, zu Recht aufrechterhalten. Und für den Parteienwettbewerb wären geringere Verpflichtungen gegenüber einzelnen Bevölkerungsgruppen sogar von Vorteil. Schließlich wäre dann ein flexibleres und kreativeres Regierungshandeln möglich.

5. Funktionserfüllung – und dann?

5.1 Volksparteien als Alternativen und Ergänzungen

Wenn die Volksparteien also diese drei Funktionen wieder wahrnehmen, können sie sich gegenüber den kleineren

Parteien profilieren – dies aber nicht im programmatischen, sondern im pragmatischen Sinn. Und dadurch erscheinen sie auch dem Wähler wieder als sinnvoll und unverzichtbar, was die sicherste Bestandsgarantie für sie darstellt. Denn weder Mitgliederschwund noch innere Zerstrittenheit werden ihnen das Genick brechen. Entscheidend für die Wahl sind immer noch die abgegebenen Stimmen, nicht die Zahl der Parteimitglieder und auch nicht deren Verhältnis untereinander. Aber nur, wenn die Volksparteien diese Probleme beseitigen, erscheinen sie dem Wähler als sinnvolle Alternativen zueinander und gegenüber den kleineren Parteien. Zugleich wird deutlich, in welcher Weise sich beide Seiten des Parteiensystems, große und kleine Parteien, gegenseitig ergänzen und bedingen. Und nur dann können sie den kleineren Parteien auch deren Stimmenanteile wieder abnehmen.

5.2 Zukunft der Volksparteien – Zukunft der Zwei-Parteien-Koalition?

Aber selbst wenn es den Volksparteien gelingt, Stimmen zurückzugewinnen, stellt sich die Frage, ob dies ausreicht, um erneut Zwei-Parteien-Koalitionen, mit einer der Volksparteien an der Spitze zu bilden. Die Volksparteien als große Sammelbecken der Gesellschaft tendieren generell zur politischen Mitte. Dies bedingt ihre Annäherung, was einerseits Vorteile bietet: Wählerwanderungen sind dann auch von einer Volkspartei zur anderen möglich, nicht nur von einer Volkspartei zu deren (potenziellem) Koalitionspartner. Andererseits: Geht diese Annäherung zu weit, droht die Beliebigkeit. Der Wähler sieht

keine echte Alternative mehr, wenn sich die Parteien zu ähnlich sind. Es muss den Volksparteien also gelingen, den Spagat zu schaffen, zwischen einer größtmöglichen Öffnung, um alle Wähler anzusprechen, und gleichzeitig nicht an Substanz und Inhalt zu verlieren. Sie sehen sich dem Trade-Off von Ideologischer Tiefe und Wählerpotenzial gegenüber. An diesem Punkt kommen die kleineren Parteien ins Spiel. Bilden jeweils eine große und eine kleine Partei Vorwahlkoalitionen, kann der kleine Partner die notwendige Tiefe einbringen und somit die Richtung der Koalition entscheidend mitbestimmen.

Kann es nun den Volksparteien gelingen, wieder genügend Wählerstimmen auf sich zu vereinen, um Zwei-Parteien-Koalitionen zu bilden? Offensichtlich ja; aber nur dann, wenn sie die genannten Funktionen im politischen System erfüllen und damit auch dem Wähler deutlich machen, warum er sie wählen sollte. Denn nur dann wird es zur notwendigen Reduktion der Parteienzahl kommen oder zumindest zur Abdrängung einer der Parteien an den Rand der Fünf-Prozent-Hürde.

Erreichen nämlich drei kleinere Parteien einerseits und zwei große Parteien andererseits jeweils in etwa gleich viele Stimmen, dann kann es nie zur Bildung einer Regierungskoalition aus zwei Parteien mit absoluter Mehrheit kommen. Zwei-Parteien-Koalitionen sind nur dann möglich, wenn (bei insgesamt fünf im Parlament vertretenen Parteien) die kleineren Parteien erstens ungleichmäßig viele und zweitens nicht zu viele Stimmen erlangen.

Noch gibt es keine solche Ungleichverteilung der Stimmen. Stattdessen lagen

sie bei der letzten Wahl hauchdünn beieinander. Es spricht allerdings einiges dafür, dass die Linkspartei in Zukunft wieder zurückfällt. Ihr momentaner Erfolg fußt auf zwei Bedingungen, die nur von begrenzter Dauer sind: einem populistischen, charismatischen Vorsitzenden Oskar Lafontaine und dem Protest gegen die aktuelle Politik der Sozialdemokraten.³⁶ Sollte es sogar so weit kommen, dass die Linkspartei ganz aus dem bundesrepublikanischen Parteiensystem herausfällt, sind Zwei-Parteien-Koalitionen bei jedem Wahlergebnis möglich, unabhängig von den jeweils erreichten Stimmenanteilen. Für die beiden verbliebenen kleineren Parteien hat dies nur Vorteile. Sie können weiterhin ihren bisherigen Zielen verhaftet bleiben und müssen sich nicht auf eine Ausweitung ihres Stimmenpotenzials konzentrieren; eine „Volkspartei neuen Typs“³⁷ auszurufen, wie dies Fritz Kuhn getan hat, ist daher nicht nötig, selbst nach Kirchheimers Verständnis der Volksparteien nicht. Eine solche Ausweitung der Wählerbasis sei nur sinnvoll für Parteien, „die eine echte Chance haben, die Führung der Regierung zu übernehmen“³⁸. Unter Umständen birgt eine solche Öffnung sogar Gefahren für den Wahlerfolg der kleineren Parteien, leben sie doch von ihrer relativ klaren Profilierung. Titel wie „Das Ergrauen der Grünen“³⁹ sollten hier ein deutlicher Hinweis sein.

Denn auch mit einem relativ geringen Stimmenanteil besitzen die kleineren Parteien eine nicht zu unterschätzende Machtstellung. Schließlich können sie in Zweier-Koalitionen die Regierungspolitik unverhältnismäßig stark mit beeinflussen; zumindest weit stärker, als dies ihrem tatsächlichen Stimmenan-

teil entspricht. Das überproportionale Gewicht der kleineren Parteien in einer Zweier-Koalition kann dadurch die Tatsache ausgleichen, dass einige potenzielle Wähler sich nicht als solche zu erkennen geben, sondern aus Vernunftgründen eine der beiden großen Parteien wählen. Schließlich strebt auch der Wähler stabile und mehrheitsfähige Regierungskoalitionen an.

Zusammengefasst wird somit deutlich: Die Volksparteien können tatsächlich eine Zukunft haben und zwar als Volksparteien. Insofern gehört die Zukunft den Volksparteien, ebenso wie die Vergangenheit. Dass sie derzeit Probleme haben, liegt daran, dass sie sich den

Aufgaben, die sich ihnen in ihrer Funktion als Volkspartei stellen, zu entziehen versuchen, mithin den Weg hin zu einem neuen Parteityp einschlagen. Ihr Funktionsverlust ist Folge und Ausdruck eines gewandelten Selbstverständnisses und Charakters. Mit anderen Worten: Ihre Probleme haben die Volksparteien gerade deswegen, weil sie keine Volksparteien mehr sind. Vielmehr sind die beschriebenen Probleme – mangelnde Einigkeit, unklare Zielsetzungen, schwacher Bevölkerungsrückhalt – nicht Probleme der Volksparteien, sondern Probleme der am Einzelnen und nicht mehr am großen Ganzen orientierten Berufspolitikerparteien.

Anmerkungen

- ¹ Mit dem Begriff des „mittleren Drittel“ umfasst Beck die ehemalige Mitte der Wählerschaft; diesen Anspruch an seine Partei machte Beck in seinem Aufsatz „Leistung muss sich wieder lohnen“ deutlich; Hildebrandt, Tina: Gemütlich wie ein Sprengsatz, in: Die Zeit, 21. September 2006, S.2.
- ² Ulrich, Bernd: Ein bisschen Wut und Stärke, in: Die Zeit, 19. Oktober 2006, S.2.
- ³ Mintzel, Alf: Die Volkspartei. Typus und Wirklichkeit. Ein Lehrbuch, Opladen, 1984, S.323–333.
- ⁴ Wiesendahl, Elmar: Parteitypen, in: Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden und Begriffe, Bd.2, München, 3. Aufl., 2005, S.673–675, hier S.674.
- ⁵ So etwa bei Dietsche, Hans-Jörg: Die kleineren Parteien im Zweikräftefeld des deutschen Volksparteiensystems, Frankfurt am Main/Berlin/Bern u.a. 2004, S.19, der die Unterscheidung der verschiedenen Parteitypen lediglich anhand ihres Stimmenanteils vornimmt. Dies ist allerdings eine weder genaue noch zweckmäßige Definition. Schließlich erreichen auch die beiden Volksparteien in einigen Bundesländern unter 10% der Stimmen, so etwa die SPD in Sachsen 2004. Zudem ist eine Definition nur über Stimmenanteile recht willkürlich, denn wo wird

dann die Grenze gezogen zwischen Volksparteien und anderen Parteitypen?

- ⁶ Ebd., in der Praxis bedeutet dies auch, dass nur die Volksparteien Kandidaten für das Amt des Regierungschefs, das heißt Ministerpräsidenten oder Kanzlerkandidaten, aufstellen. Die Kandidatur Westerwelles für die FDP zur Bundestagswahl 2002 ist wohl eher als Effekthascherei zu sehen; selbst das Bundesverfassungsgericht beurteilte diese als „ohne hinreichende Aussicht auf Erfolg“. Zusätzlich ließe sich, als Kriterium der Größe, hinzufügen, dass mit ihnen in jedem Parlament die Bildung einer mehrheitsfähigen Zwei-Parteien-Koalition möglich sein sollte.
- ⁷ Krippendorff, Ekkehart: Das Ende des Parteienstaats?, in: Karlheinz Niclauß, Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Paderborn, 2. Aufl., 2002, S.28.
- ⁸ Unter anderem ist dies notwendig für die Möglichkeit des Alternierens der Regierungspartei sowie für die Funktionsfähigkeit der Opposition – zwei Grundvoraussetzungen der Demokratie.
- ⁹ Dietsche, Hans-Jörg: Eine „Renaissance“ der kleineren Parteien? Zu den Entwicklungsmöglichkeiten kleinerer Parteien im deutschen Volksparteiensystem, in: Uwe Jun (Hrsg.), Kleine Parteien im Aufwind.

- Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft, Frankfurt am Main/New York 2006, S.58–74, hier S.63; Dietsche zielt insbesondere auf die Linkspartei ab, die bis heute in den alten Bundesländern kaum Fuß fassen konnte, in den neuen Bundesländern dagegen Stimmenanteile von über 24% einfährt, so beispielsweise bei der Landtagswahl 2006 in Sachsen-Anhalt.
- ¹⁰ Eine Ausnahme ist in diesem Fall die CSU; zwar ist sie auf das Gebiet Bayerns beschränkt, bildet aber mit der CDU eine feste Fraktion im Bundestag, sodass beide Parteien im wahlrechtlichen (wenn auch nicht im programmatischen) Sinne eine Partei bilden.
- ¹¹ Dies heißt nicht, dass die beiden Parteien nicht nach wie vor Schwerpunkte hätten: die Grünen im Umweltschutz, die FDP im Wirtschaftsliberalismus. Dennoch erobern die beiden Parteien zunehmend ursprüngliche Wählermärkte des jeweiligen Konkurrenten. So betrug der Stimmenanteil der Grünen bei Beamten und Selbstständigen bei der Bundestagswahl 1998 11 bzw. 10%; Niclauff, K.: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, S.244.
- ¹² Dietsche, H.-J.: Eine „Renaissance“ der kleineren Parteien?, S.62.
- ¹³ Dies lässt sich beispielsweise am Vergleich mit Italien belegen, wo ein ähnliches Wahlsystem wie das deutsche vollkommen unterschiedliche Ergebnisse, bezogen auf das Parteiensystem, produziert.
- ¹⁴ Dies zeigt beispielsweise der Vergleich mit dem italienischen Wahlsystem zwischen 1993 und 2005; trotz sehr ähnlicher Konstruktion gelang es dort nicht, die Parteienzahl signifikant zu reduzieren, geschweige denn auf drei bis fünf Parteien, wie dies in Deutschland der Fall ist. Alleine die Fünf-Prozent-Hürde dafür verantwortlich zu machen, ein Gedanke, der sich etwa bei Wildenmann, Rudolf: Volksparteien. Ratlose Riesen?, Baden-Baden, 1989, S.9 findet, wäre entschieden zu kurz gegriffen.
- ¹⁵ Dies bedeutet eine klare Abgrenzung vom Cleavage-Konzept nach Lipset/Rokkan, die zwar die Quantität der Konfliktlinien, nicht aber deren Qualität, als wesentliche Determinanten des Parteiensystems hervorheben. Zudem betonen die beiden vor allem die dadurch festgeschriebene Form des Parteiensystems, während die Verstärkung bestehender Konflikte immer wieder von neuem auftreten und damit immer wieder neue Parteien über die Fünf-Prozent-Hürde hebeln kann.
- ¹⁶ Alle Zahlen nach Angaben des österreichischen Bundesministerium für Inneres.
- ¹⁷ Minich, Oliver: Die Freiheitliche Partei Österreichs als Oppositionspartei in der Ära Haider – Strategie, Programmatik, innere Struktur, Blieskastel 2003, S.15.
- ¹⁸ Ebd., S.17.
- ¹⁹ Ebd., S.5.
- ²⁰ Mau, Jens: Ursachen des Populismus im italienischen Parteiensystem der neunziger Jahre – dargestellt am Beispiel der Forza Italia, Berlin, S.30.
- ²¹ Ulrich, Stefan: Stolpern nach ersten Erfolgen, in: Süddeutsche Zeitung, 24. Oktober 2006, S.7.
- ²² Kunz, Volker/Thaidigsmann, S. Isabell: Die Relevanz von Themenorientierungen für das Wählerverhalten bei der Bundestagswahl 2002, in: Jürgen W. Falter/Oscar W. Gabriel/ Bernhard Weßels (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002, Wiesbaden 2005, S.50–76, hier S.59.
- ²³ Ebd., S.60; als wichtigste Problemfelder wurden der Arbeitsmarkt, die Gesundheits-/Sozialpolitik sowie Wirtschaft/Finanzen genannt.
- ²⁴ Die SPD verlor bei der Bundestagswahl 2005 etwa 1,3 Millionen Stimmen an die Linkspartei, die CDU fast eine Million Stimmen an die Freidemokraten.
- ²⁵ Sonstige, das heißt im Bundestag nicht vertretene Parteien, erhielten 1946–2003 im Durchschnitt lediglich 8,8% der Stimmen, bei einer konstanten Sperrklausel von 5%; durchschnittlich konnte somit maximal einer weiteren Partei der Einzug in das Parlament gelingen; bei Bundestagswahlen entfielen auf diese Parteien 6%; Mielke, Siegfried/Reutter, Werner: Länderparlamentarismus in Deutschland – Eine Bestandsaufnahme, Tabelle 1.3., S.31, in: Siegfried Mielke/Werner Reutter(Hrsg.), Länderparlamentarismus in Deutschland. Geschichte – Struktur – Funktionen, Wiesbaden 2004, S.19–51.
- ²⁶ So der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Olaf Scholz; Hildebrandt, Tina/Ulrich, Bernd: Aus den Fugen geraten, in: Die Zeit, 28. September 2006, S.3.
- ²⁷ Eine absolute Mehrheit auf Bundesebene gab es bisher erst einmal; dies gelang 1957 der CDU/CSU unter Konrad Adenauer. Eine Wiederholung einer solchen Einparteien-Regierung ist allerdings nicht absehbar.
- ²⁸ Dies ist das Charakteristikum der parlamentarischen Demokratie. Zur Rolle des Bundeskanzlers und seiner Stellung im politischen System vgl. Helms, Ludger:

Executive Leadership in Parliamentary Democracies: The German Chancellor and the British Prime Minister Compared, in: *German Politics* 5, 1996, S.101–120.

²⁹ Zwar erfordert auch ein kleinerer Koalitionspartner solche Abstimmungsprozesse, aber im Zweifelsfall wird sich dieser eher dem größeren Partner anschließen, als die Koalition aufs Spiel zu setzen.

³⁰ Dieser könnte, analog zur natürlichen Arbeitslosenquote, als natürlicher Stimmenanteil bezeichnet werden: Er ist relativ konstant, unabhängig von der ökonomischen Entwicklung, setzt sich aber nicht aus den stets gleichen Individuen zusammen. Ganz anders argumentieren Hermann Kaste und Joachim Raschke, die einen Zusammenhang zwischen ökonomischem Wachstum und Entstehung und Aufschwung der Volksparteien sehen; zum Konzept von Kaste, Hermann/Raschke, Joachim vgl. Mintzel, A.: *Die Volkspartei*, S.200.

³¹ Vgl. die erhaltenen Stimmenanteile, die äußerst nahe beieinander lagen: Die Grünen erhielten 8,1% der Stimmen, die Linkspartei 8,7%, die FDP 9,8%.

³² Dies stellte schon Otto Kirchheimer als Charakteristikum der Volksparteien fest. Hier ist allerdings ein Einwand zu erheben: Schließlich stellt die Stärkung der Parteispitze bei gleichzeitigem Bedeutungsverlust keineswegs eine notwendige Bedingung der Volksparteien dar; vielmehr ist dies lediglich eine Beobachtung und vor allem Erwartung Kirchheimers bezüglich der zukünftigen Entwicklung. Zu den Charakteristiken der Volkspartei

bei Kirchheimer vgl. Schrenck-Notzing von, Caspar: Abschied vom Dreiparteiensystem, in: Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hrsg.), *Volksparteien ohne Zukunft? Die Krise des Parteienstaates*, Freiburg/Basel/Wien, 1988, S.114–134.

³³ Insbesondere in Hinblick auf die vom Parteiengesetz geforderten demokratischen Strukturen erscheint dies problematisch. Allerdings: Auch der Bundestag arbeitet in der Regel nach diesem Prinzip, der Großteil der Gesetzesvorlagen stammt von der Regierung und kommt nicht aus dem Parlament selbst.

³⁴ Wiesendahl, E.: *Parteitypen*, S.674.

³⁵ Abgesehen von der Angewiesenheit der Parteien auf Mitgliedsbeiträge, die etwa die Hälfte der Einnahmen von SPD und CDU/CSU ausmachen, Rudzio, Wolfgang: *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen, 6. Aufl., 2004, S.282.

³⁶ Diese Kombination lässt sich, wie zuvor gezeigt wurde, übertragen auf andere europäische Parteien, so etwa die Forza Italia mit Silvio Berlusconi als Gegengewicht zu Christdemokraten und Kommunisten oder die österreichische FPÖ mit Jörg Haider als Gegenspieler von ÖVP und SPÖ.

³⁷ Dietsche, H.-J.: Eine „Renaissance“ der kleineren Parteien?, S.73.

³⁸ Wildenmann, R.: *Volksparteien. Ratlose Riesen?*, S.32.

³⁹ So der Titel eines Aufsatzes von Bürklin, Wilhelm/Dalton, Russel J., in: Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1990*, Opladen 1994, S.264–302.